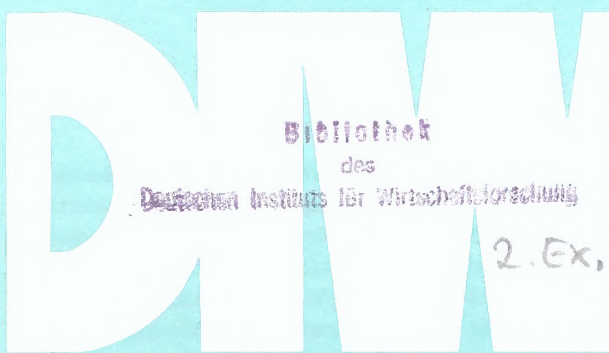




Zur Politik der Treuhandanstalt — Eine Zwischenbilanz	63
Geldpolitik: Sind die Weichen für einen verschärften Restriktionskurs gestellt?	69
Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	73
Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland	80
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 7/92

Berlin

13. Februar 1992

59. Jahrgang

Zur Politik der Treuhandanstalt — Eine Zwischenbilanz

Mit dem Beitritt der DDR ist ein großer Teil der Industrie, der Landwirtschaft, der Versorgungsbetriebe und von Immobilien in Bundes- und damit weitgehend in (Beteiligungs-) Besitz der Treuhandanstalt (THA) übergegangen. Damit ist die THA der unmittelbar entscheidende strukturpolitische Akteur im wirtschaftlichen Transformationsprozeß Ostdeutschlands geworden¹. Die THA ist zwar formal eigenständig, steht aber im Prinzip unter direkter Kontrolle der Bundesregierung².

Besonders umstritten war und ist das Gewicht, das Privatisierung, Sanierung und Stillegung in ihrem Verhältnis zueinander erhalten sollen. Dabei wird von den Warnern vor einer zu weitgehenden Betonung der Sanierungsfunktion durch die THA neben ordnungsrechtlichen Bedenken auch auf die finanziellen Belastungen verwiesen, die daraus für die THA und damit letztlich für die öffentlichen Haushalte resultieren könnten. Im folgenden soll auf der Grundlage der Aufgaben der THA und der aus ihrer Erfüllung resultierenden Einnahmen / Ausgaben-Entwicklung die THA-Politik — insbesondere ihre Sanierungsfunktion — beurteilt werden.

Aufgaben der THA

Ein Teil der Aufgaben ist der THA aufgrund der Währungsumstellung der Mark der DDR auf D-Mark zugefallen — Verpflichtungen gegenüber dem Kreditabwicklungsfonds³ sowie Verpflichtungen aus Altkrediten⁴; andere betreffen die zahlreichen i.e.S. treuhänderischen Aufgaben der THA (Verwaltung des Vermögens der Parteien und

wahr. Die THA wird von einem Verwaltungsrat kontrolliert, der von der Bundesregierung berufen wird. Beteiligungen der THA sind mittelbare Beteiligungen des Bundes. Die THA übt praktisch Aufsichtsratsfunktionen gegenüber ihren Beteiligungs-Unternehmen aus. In den 20 wichtigsten Aufsichtsräten der größten Beteiligungsunternehmen der THA sind das BMF und das BMWi vertreten.

³ Der Kreditabwicklungsfonds (Art. 23 Einigungsvertrag) übernimmt die Gesamtverschuldung des Republikhaushalts, die Kosten der Auslandsschulden, die Verpflichtungen des Bundes aus seiner Gewährträgerhaftung für die Staatsbank Berlin und die durch die Währungsumstellung entstandenen Deckungslücken der Bankbilanzen. Lt. Einigungsvertrag muß die THA vom Tage des Beitritts bis Ende 1993 die Hälfte der vom Kreditabwicklungsfonds erbrachten Zinsleistungen erstatten.

⁴ Altkredite sind alle in den Mark-Schlußbilanzen zum 30.6.1990 ausgewiesenen Kredite, die im Verhältnis 2 zu 1 in die DM-Eröffnungsbilanz übernommen wurden. Um die sofortige Illiquidität eines Großteils der TH-Unternehmen zu vermeiden, ist im Einigungsvertrag vorgesehen (Art. 25 (7)), die Zins- und Tilgungsleistungen für Altkredite bis zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanzen auszusetzen. Die THA ist als Beteiligungseigentümerin der TH-Unternehmen zur Erstattung der anfallenden Zinszahlungen verpflichtet.

¹ Noch vor den DDR-Märzwahlen 1990 per Verordnung gegründet, sind dann im Zusammenhang mit dem ersten Staatsvertrag (Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion) in einem von der Volkskammer am 17.6.1990 beschlossenen Gesetz Stellung und Aufgaben der THA — gegenüber den Anfängen in deutlich geänderter Form — festgelegt worden. Der Einigungsvertrag hat das Treuhandgesetz bestätigt. In der Folgezeit sind weitere Gesetze beschlossen bzw. Verordnungen erlassen worden, die auch die THA betreffen (vgl. Übersicht).

² Die Treuhandanstalt ist nach Art 25 (1) des Einigungsvertrages eine rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts, für die der Bundesfinanzminister (BMF) die Rechtsaufsicht hat. Die Fachaufsicht nimmt er zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister (BMW) und den zuständigen Fachministern

Massenorganisationen, Verwaltung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Zuordnung von Vermögen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz, Rekommunalisierung, Entflechtung des ÖPNV, Reprivatisierung, Abwicklung der Außenhandelsbetriebe, Abwicklung der staatlichen Versicherung). Die *Kernaufgabe* der THA ist aber die Gestaltung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses von der zentralen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Die diesbezüglichen rechtlichen Festlegungen umspannen die ganze Breite der organisatorischen, betriebsgrößenbezogenen sowie der operativen Aspekte. Im TH-Gesetz finden sich:

- Privatisierung und Verwaltung des volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft;
- Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes. Die Präambel des TH-Gesetzes fordert, die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Die THA soll nach § 2 des TH-Gesetzes auf die Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen und deren Privatisierung Einfluß nehmen;
- Entflechtung von Unternehmensstrukturen und Herausbildung marktfähiger Unternehmen; Förderung einer effizienten Wirtschaftsstruktur;
- Bereitstellung von Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke;
- Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens in der Land- und Forstwirtschaft unter den Besonderheiten dieses Bereichs.

Dies soll die THA in dezentraler Organisationsstruktur über die TH-Aktiengesellschaften verwirklichen; diese wiederum sollen unternehmerisch und weitestgehend dezentral die Privatisierung, die Sicherung von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie die Verwertung und Stilllegung von Unternehmen und Unternehmensteilen bewerkstelligen.

Die von der THA (und vom Bundesminister der Finanzen) oft beschworene „Triade“ der „schnellen Privatisierung, entschlossenen Sanierung und behutsamen Stilllegung“ bezieht sich demzufolge vor allem auf die Aufgaben, die für die TH-Aktiengesellschaften formuliert sind. Das Aufgabenspektrum der THA selbst ist viel breiter angelegt. Ihre Aufgabe besteht darin, alsbald möglichst viele wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu sichern bzw. zu schaffen, aus denen auf Dauer Einkommen erwirtschaftet werden können, die einen Lebensstandard ermöglichen wie in Westdeutschland.

THA und Strukturpolitik

In diesem Zusammenhang muß man sich die Grundsätze der regionalen und sektoralen Strukturpolitik von

1969 in Erinnerung rufen, die seither von keiner Bundesregierung grundsätzlich in Frage gestellt worden sind. Anpassungsprozesse sind über Jahrzehnte „gestreckt“ worden, selbst kleinere Korrekturversuche ließen sich politisch kaum durchsetzen⁵. Von dem großangelegten Abbau westdeutscher Subventionen als Beitrag zur Finanzierung der deutschen Einheit⁶ ist demzufolge wenig in die Tat umgesetzt worden. Auch diese Versäumnisse der Strukturpolitik in Westdeutschland haben den fiskalischen Spielraum, der für den Transformationsprozeß in Ostdeutschland zur Verfügung stand, erheblich eingeschränkt.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik waren die strukturpolitischen Grundsätze auch in Ostdeutschland anzuwenden. Die Dimension des Problems ist aber anderer Art, als man es bisher in Westdeutschland gekannt hat. Die fundamentale Änderung der Rahmenbedingungen, die sowohl von der Bevölkerung Ostdeutschlands gewünscht als auch von der Bundesregierung entscheidend geprägt wurde, stellt außer Frage, daß die zitierten Grundsätze in Ostdeutschland nicht nur zwingend anzuwenden sind, sondern dort ihre eigentliche Bewährungsprobe bestehen müssen. Dabei ist aber darauf zu achten, daß Subventionen degressiv und befristet ausgestaltet werden. Es sollte von vornherein der Gefahr einer Etablierung von Dauersubventionstatbeständen vorgebeugt werden. Dies sollte dann aber auch zur gängigen Praxis in Westdeutschland werden.

Mit dem Einigungsvertrag und dem Treuhandgesetz sind diese Grundsätze im Prinzip für die Flankierung des Transformationsprozesses in Ostdeutschland bestätigt worden. Nach den „Grundsätzen der Zusammenarbeit von Bund, neuen Ländern und THA für den Aufschwung Ost“ vom 14. März 1991 soll die THA als „Dienstleister“ im Rahmen der Verantwortung der neuen Länder bei einer sozialverträglichen regionalen Strukturpolitik mitwirken. Im Falle der Stilllegung von Betrieben mit herausragender arbeitsmarktpolitischer Bedeutung wird die gemeinsame Verantwortung von THA, Ländern und Bund für den Aufbau neuer Arbeitsplätze betont. In diesem Zusammenhang sind auch die Richtlinien zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Bildung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS) vom 17.6.1991 zu erwähnen, die die Mitwirkung der THA an den ABS regelt. Vom Bundeskanzler und hochrangigen Regierungsvertretern wurden Garantien für bestimmte regionale Standorte in Ostdeutschland abgegeben.

Im Bericht über ein Jahr Tätigkeit der THA von Ende Oktober 1991 hat der Bundesfinanzminister nochmals die Bedeutung der Sanierungsaufgabe im Rahmen des Spek-

⁵ Vgl. z.B. Umorientierung der Subventionspolitik des Bundes? Bearb.: Frank Stille. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/1989.

⁶ Vgl. Subventionsabbau als Instrument zur „Finanzierung“ des deutschen Integrationsprozesses? Bearb.: Frank Stille, Dieter Teichmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1990.

trums der THA-Aufgaben betont: „Die Bundesregierung unterstützt die Sanierungsaufgabe der THA mit dem Ziel der Erhaltung und Weiterentwicklung eines vielfältigen Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland“. Die THA ist damit gewissermaßen ein Bestandteil des gesamten, auf die Präferenzierung Ostdeutschlands zielenden Maßnahmenpakets der vorwiegend regionalen Strukturpolitik (z.B. Fonds Deutsche Einheit, Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, Investitionszulagen und Steuervergünstigungen, Kreditverbilligungen, EG-Hilfen, Exportbürgschaften).

Zur Finanzsituation der THA

Von den voraussichtlichen Gesamtausgaben im Jahre 1991 in Höhe von 30,5 Mrd. DM (vgl. Tabelle) entfallen zwei Drittel auf das Kerngeschäft der THA und ein Drittel auf Ausgaben, die auf gesetzlichen Vorgaben beruhen. Dieses Verhältnis soll sich im Jahr 1992 zuungunsten des Kerngeschäfts verändern. Unter den Ausgaben des Kerngeschäfts machten im Jahre 1991 die Ausgaben für Sanierung und Restrukturierung etwa die Hälfte aus. Im Ansatz

Treuhandanstalt Einnahmen/Ausgaben-Rechnung Mrd. DM

	Ist 1990	Soll 1991	Voraus. Ist 1991	Soll 1992
Ausgaben gesamt	5,9	37,7	30,5	50,2
<i>I. Kerngeschäft</i>	<i>1,6</i>	<i>27,4</i>	<i>20,4</i>	<i>31,4</i>
1. Verpflichtungen aus Kaufverträgen		5,0	1,5	4,6
• Verlustausgleich, Investitionszuschüsse				3,4
• Anerkannte Ausgleichsforderungen				0,6
• Öko-Altlastenbeseitigung			0,4	0,4
2. Sanierung u. Restrukturierung		15,4	9,9	11,5
• Darlehen f. Invest. u. Eigenkapitalaufstock.			2,8	5,3
• Zinsen f. anerk. Ausgleichsforderungen				1,0
• Zuwendg. zu Sozialplänen			5,0	2,9
• Zusch. zu Öko-Altlastenbeseitigung			0,5	0,6
• Rückerstattungen aus Teilverkäufen			1,6	1,6
3. Inanspruchnahme aus verbürgten Liquiditätskrediten		2,6*	4,5	8,0
4. Zinsen für von der THA aufgen. Kredite		1,0*	1,0	3,2
5. Stilllegung von Unternehmen		2,5	2,5	2,8
6. Übriges		0,9*	1,0	1,3
<i>II. aufgrund gesetzl. Vorgaben</i>	<i>4,3</i>	<i>10,3</i>	<i>10,1</i>	<i>18,8</i>
1. Zinsen f. gestundete bzw. übernommene Altkredite		7,1	7,1	6,8
2. Zinserstattung an den Kreditabwicklungsfonds		3,2	1,7	8,0
3. Ausgleichszahlungen i. Zusammenhang mit der Reprivatisierung		—	—	3,3
4. Übriges			1,3	0,7
Einnahmen gesamt	1,6	16,9	10,0	18,8
1. Privatisierung (davon Immobilien)			9,8 (0,3)	14,8 (3,2)
2. Abwicklung			0,1	1,1
3. Ausgleichverbindl., Zinserstattg., Mieten			0,2	2,9
Finanzierungssaldo	—4,3	—20,8	—20,5	—31,4

Quellen: THA; BMF; Schätzungen (*) und Berechnungen des DIW

für 1992 geht dieser Anteil auf etwa ein Drittel zurück. Dies ist ein erster Hinweis darauf, daß die Sanierungsfunktion kein herausragendes Gewicht im Spektrum der Ausgaben der THA hat; im Gegenteil: 1991 ist etwa ein Drittel der Gesamtausgaben für Sanierung und Restrukturierung verwendet worden, 1992 soll es nur noch gut ein Fünftel sein.

Auch im Soll/Ist-Vergleich für 1991 wird dies deutlich: Da die Einnahmen um 7 Mrd. DM niedriger ausgefallen sind als geplant, sind die Ausgaben für das Kerngeschäft um diesen Betrag zurückgefahren worden. Die Ausgaben aufgrund der gesetzlichen Vorgaben sind unverändert geblieben; die der THA von der Bundesregierung eingeräumte Kreditlinie für 1990 und 1991 in Höhe von 25 Mrd. DM konnte und wollte die THA offenbar nicht überschreiten.

Gegenüber dem Ansatz 1991 sind die tatsächlichen Ausgaben für Sanierung und Restrukturierung stärker gekürzt worden als die übrigen Ausgaben für das Kerngeschäft, und zwar um ein Drittel auf 10 Mrd. DM. (Dies entspricht etwa dem Betrag, den die Bundesbahn derzeit an Finanzhilfen aus dem Bundesetat pro Jahr erhält!) Die gegenüber dem Ansatz für 1991 geringeren Einnahmen aus Privatisierung legen den Schluß nahe, daß weniger verkauft wurde als geplant. Sicher waren auch die Verkaufserlöse pro Privatisierungsfall niedriger als erwartet. Die vereinbarten Preise bei der Privatisierung sind Ausdruck eines Verhandlungspakets, das das Unternehmenskonzept samt Investitions- und Arbeitsplatzzusagen berücksichtigt, zusätzlich aber auch Aufwendungen für

- die Gewährleistung alter Verträge,
- Verlustausgleich und Investitionszuschüsse,
- Zahlungen für anerkannte Ausgleichsforderungen,
- Zuschüsse zur Beseitigung ökologischer Altlasten.

Da bisher weniger privatisiert worden ist als erwartet, hätte es eigentlich nahegelegen, die Sanierungsanstrengungen entsprechend zu erhöhen. Tatsächlich hat aber die THA das Gegenteil getan, damit der Kreditrahmen nicht überschritten wird.

Ursprünglich hat man offensichtlich angenommen, daß die THA allenfalls vorübergehend eine Vorfinanzierung ihrer vielfältigen Aufgaben benötige, aber bis Ende 1995 in der Lage sein werde, durch die „Verwertung des volkseigenen Vermögens“ die von ihr aufgenommenen Kredite „zurückzuführen“. Davon kann aus heutiger Sicht keine Rede sein; insofern wird sich die THA weder an den Schulden des Kreditabwicklungsfonds beteiligen, noch Anteilsrechte für Sparer ausgeben können.

Da der Personalüberhang in den Betrieben ein wesentliches Problem für Investoren darstellt, sind durch den rapiden Personalabbau sicherlich die Möglichkeiten zur Sanierung und Restrukturierung bzw. Privatisierung verbessert worden. Während es Mitte 1990 noch 4,1 Mill. TH-Beschäftigte gab, ist deren Zahl über 2,9 Mill. Anfang 1991 auf knapp 1,7 Mill. Ende 1991 gesunken. Nach An-

gaben der THA konnte knapp 1 Mill. Arbeitsplätze vor allem durch die Privatisierung (bzw. Kommunalisierung) gesichert werden. Es bleibt abzuwarten, ob die bei der Privatisierung zugesagte Zahl der Arbeitsplätze in Wirklichkeit — trotz hoher Konventionalstrafen — nicht unterschritten wird. In diesem Zusammenhang ist 1991 allein die Hälfte der Sanierungsausgaben für Sozialpläne verwendet worden. Sie sind für 1992 mit 3 Mrd. DM deutlich niedriger veranschlagt und dürften in Zukunft keine übergroße Rolle mehr spielen.

Unmittelbaren Einfluß auf die Aktivitäten ihrer Unternehmen nimmt die THA

- einmal durch Bereitstellung von Mitteln im Rahmen der Sanierung und Restrukturierung und
- zum anderen durch die Gewährung von Bürgschaften für Liquiditätskredite der Unternehmen.

Die Darlehen der THA an ihre Unternehmen für Investitionszwecke, die Zuführungen zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung sowie die Zinsausgaben für anerkannte Ausgleichsforderungen — 1991 zusammen 2,8 Mrd. DM — dokumentieren einen zaghaften Einstieg in die Sanierung und Restrukturierung nach Feststellung der DM-Eröffnungsbilanzen. Mit den Eröffnungsbilanzen hatten die TH-Unternehmen Unternehmenskonzepte einzureichen, auf deren Grundlage die zuständigen Aufsichtsgremien die Sanierungsfähigkeit beurteilen mußten. Nur bei positiver Einschätzung wird das Unternehmen mit einem branchenüblichen Eigenkapital ausgestattet. Neben der Anerkennung der in die Eröffnungsbilanz i.d.R. eingestellten Ausgleichsforderungen aufgrund der Altschulden sind demzufolge u.U. noch zusätzliche Kapitalzuführungen notwendig. Aufgrund der Unsicherheiten konnte anfangs von einer zielgerichteten Sanierung nicht die Rede sein.

Neben Maßnahmen zur Sanierung und Restrukturierung kann die THA im Einvernehmen mit dem BMF auch Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für „ihre“ Unternehmen übernehmen. Der Bürgschaftsrahmen betrug bisher 30 Mrd. DM. Er ist weitgehend ausgeschöpft worden. Auch für 1992 hält die THA erneut einen Bürgschaftsrahmen in dieser Größenordnung für notwendig. Liquiditätskredite, von der THA verbürgt, wurden weitgehend für Lohnzahlungen und andere laufende Verpflichtungen verwendet. Es überrascht daher nicht, daß ein zunehmender Teil der Bürgschaften mittlerweile notleidend wird. Schon 1991 ist die THA aus diesen Bürgschaften mit 4,5 Mrd. DM in Anspruch genommen worden; für 1992 sind 8,0 Mrd. DM veranschlagt, ein Betrag, der in der Einnahmen/Ausgaben-Rechnung der THA sehr viel stärker zu Buche schlägt als die Mittel für Sanierung und Restrukturierung in Form von Investitionsdarlehen und Eigenkapitalausstattung.

Dies ist eine unerwünschte Entwicklung; denn Ziel sollte sein, die Ausgabenstruktur zugunsten der Investitionen und der Eigenkapitalausstattung zu verändern. Hierfür sind 5 Mrd. DM im Jahr 1992 ein viel zu geringer Betrag. Es

überrascht deshalb nicht, daß in TH-Unternehmen bisher kaum aktiv saniert worden ist. Die erkennbare Ausgabenentwicklung verspricht hier auch keine Abhilfe.

Das DIW hat bereits mehrfach eine auf dieses Ziel gerichtete Umstrukturierung der strukturellen Aktivitäten der THA gefordert⁷; sie könnte wie folgt aussehen:

- Die Mittel für Investitionsdarlehen und die Ausstattung mit Eigenkapital sollten aufgestockt werden; aber auch sie sollten in ihrer Höhe limitiert und an die gleichzeitige Gewährung unverbürgter Bankkredite gebunden werden. Gleichzeitig ist festzulegen, wann die Rentabilitätsschwelle erreicht sein muß.
- Bürgschaften für Liquiditätskredite sollten nicht mehr gewährt werden, damit vermieden wird, daß erhebliche Mittel für nicht kontrollierbare Zwecke eingesetzt werden. Statt dessen bietet sich an, sanierungsfähigen TH-Unternehmen in der Industrie in Verbindung mit Mitteln zur Modernisierung des Produktionsapparates Lohnzuschüsse zu gewähren, die allerdings degressiv ausgestaltet werden und befristet sein müssen.
- Die Altschulden der TH-Unternehmen sollten erlassen und in die Vermögensrechnung des Bundes eingestellt werden⁸. Die verschiedenen Verbuchungen der Zinsverpflichtungen aufgrund der Altkredite in der Einnahmen/Ausgaben-Rechnung der THA zeigen nur, daß hier wie bei den anderen Ausgaben aufgrund gesetzlicher Vorgaben die THA vom Bund als Parafiskus zur Verschleierung seiner Schulden benutzt wird.

Mit einer solchen Strategie würden die Ausgaben der THA für Darlehen und Lohnsubventionen zwar anfangs erhöht. Nach etwa zwei Jahren käme es aber zu einer Entlastung gegenüber dem Status quo, weil dann kaum noch Ausgaben für notleidende Bürgschaften und für Lohnsubventionen zu Buche schlagen werden. Die Erfolgsaussichten einer solchen Strategie zur Sanierung und Umstrukturierung der TH-Unternehmen sind, gemessen an der bisherigen Praxis, deutlich höher einzuschätzen.

Fazit

Die Analyse der Ausgabenstruktur der THA macht deutlich, daß die absehbare Gesamtverschuldung der THA nur zum geringeren Teil der Sanierung zuzurechnen ist. Die Ausgaben für Sanierung und Restrukturierung sind allenfalls mit einem Viertel zu veranschlagen; der Anteil der Aus-

gaben aufgrund der Inanspruchnahme aus verbürgten Liquiditätskrediten liegt fast in derselben Größenordnung. Die Ausgaben der THA im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben dominieren eindeutig; insofern nimmt die THA als Parafiskus zu einem beträchtlichen Teil Kredite auf, deren Verzinsung und Tilgung eigentlich im Bundeshaushalt ausgewiesen werden müßten.

Angesichts der Aufgaben der THA und der Verpflichtungen dem Industriestandort Ostdeutschland gegenüber sind die Ausgaben der THA für Sanierung und Umstrukturierung bei weitem zu gering. Es besteht kein Anlaß, die Sanierungsfunktion zurückzuschneiden. Vielmehr geht es darum, die Ausgabenstruktur der THA deutlicher zugunsten einer aktiven und erfolgversprechenden Sanierung der Industriestandorte auszurichten. In diesen Prozeß sollte soweit wie möglich privates Risikokapital einbezogen werden, um auch von daher die Tragfähigkeit der Sanierungskonzepte zu „testen“.

Das grundsätzliche Problem besteht darin, ob in der gegenwärtigen Phase des Anpassungsprozesses allein betriebswirtschaftliche Kalküle gelten sollen oder auch solche, die volkswirtschaftliche Opportunitätskosten berücksichtigen. Einen Königsweg gibt es nicht. Man will eben beides: den Aufbau neuer Arbeitsplätze und die sozialverträgliche Überbrückung der Anfangsphase. Dies verlangt den Einsatz öffentlicher Mittel, der angesichts der von der Politik für den Vereinigungsprozeß getroffenen Grundsatzentscheidungen nicht zu hoch erscheint. Dieser Einsatz ist notwendig und begründet, wenn letztlich wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen sollen. In diesem Fall entspricht die staatliche Unterstützung der Strukturanpassung der von der EG anerkannten Subventionsbegründung des vorübergehenden Schutzes einer „infant industry“. Eine solche Sanierungsstrategie fügt sich nahtlos in den ordnungsrechtlichen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft ein.

⁷ Vgl. dazu: Subventionierung und Privatisierung durch die Treuhandanstalt: Kurswechsel erforderlich. Bearb.: Heiner Flassbeck, Gustav-Adolf Horn, Wolfgang Scheremet, Rudolf Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/1991; vgl. auch Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Vierter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1991.

⁸ Vgl. Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 36/1990.

Anhang

Rechtliche Grundlagen der THA

Staatsvertrag vom 18.05.1990 Art. 10 (6)	nach vorrangiger Nutzung des volkseigenen Vermögens für Strukturanpassung der Wirtschaft und Sanierung des Staatshaushalts der DDR verbriefte Anteilsrechte für Sparer für den bei der Umstellung 2 zu 1 reduzierten Betrag
Art. 26 (4)	Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens; es ist für die Strukturanpassung der Wirtschaft und die Sanierung des Staatshaushalts der DDR zu nutzen.
Art. 27 (1)	Kreditermächtigung (7 Mrd. DM 1990; 10 Mrd DM 1991)
Art. 27 (3)	Verschuldung des Republikhaushalts wird an TH-Vermögen übertragen, „soweit sie durch zu erwartende künftige Erlöse aus der Verwertung des TH-Vermögens getilgt werden kann“.
Treuhandgesetz vom 17.06.1990 Präambel	— privatisieren — Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herstellen — Grund und Boden bereitstellen — verbrieftes Anteilsrecht für Sparer (vgl. Art. 10 (6) des Staatsvertrags)
§ 1	— THA wird Inhaber der Anteile an „Wirtschaftseinheiten“ (Sonderstellung Landwirtschaft)
§ 2 (Aufgaben der THA)	— Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft — Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes, insbesondere Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen — Entflechtung — Kreditaufnahme im Rahmen von Art. 27 (1) Staatsvertrag
§ 5	— Einnahmen vorrangig für Strukturanpassung der Unternehmen, in zweiter Linie für Staatshaushalt und lfd. Ausgaben der THA; verbrieftes Anteilsrecht für Sparer (s.o.)
§ 7	— Die THA verwirklicht ihre Aufgaben in dezentraler Organisationsstruktur über Treuhand-AG's.
§ 8 (Aufgaben der TH-Aktiengesellschaften)	— Privatisierung durch Veräußerung von Geschäfts- oder Vermögensanteilen — Sicherung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen — Stilllegung und Verwertung des Vermögens von nicht sanierungsfähigen Unternehmen oder Unternehmensanteilen
Satzung der THA vom 18.07.1990 Anlage	— Organe der THA, Beziehung zu Aktiengesellschaften; — Aktiengesellschaften für Schwer-, Investitionsgüter-, Konsumgüterindustrie, Dienstleistungen
Einigungsvertrag vom 30.08.1990	Das Treuhandgesetz gilt fort. THA rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentl. Rechts; Fach- und Rechtsaufsicht BMF, der Fachaufsicht mit BMWi und zuständigen Fachministerien wahrnimmt
Art. 25 (1)	
Art. 25 (4)	Kreditermächtigung 25 Mrd. DM, Kredite sollen bis 31.12.1995 zurückgeführt werden; BMF kann eine Verlängerung der Laufzeiten und „bei grundlegend veränderten Bedingungen“ eine Überschreitung zulassen.
Art. 25 (5)	THA darf im Einvernehmen mit BMF Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen übernehmen
Art. 25 (6)	Anteilsrechte für Sparer (s. Art. 10 (6) Staatsvertrag)
Art. 25 (7)	Bis zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz werden Zins- und Tilgungsleistungen ausgesetzt. THA erstattet anfallende Zinszahlungen an Banken. DM-Eröffnungsbilanz
Entschuldungsverordnung vom 05.09.1990 (gültig bis 30.06.91; verlängert durch interne Arbeitsrichtlinie)	Die Entschuldung von Altkrediten (alle in Mark-Schlußbilanz zum 30.06.1990 ausgewiesenen Kredite, die im Verhältnis 2 zu 1 in die DM-Eröffnungsbilanz übernommen wurden) kann erfolgen, wenn dadurch Sanierung/Umstrukturierung/Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Entschuldung unternehmensbezogen; THA (bzw. Mutterunternehmen) übernimmt Zinsdienst bis zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz bzw. nach Entschuldung.
Leitlinien der Geschäftspolitik der THA vom 01.10.1990	— Kleine und mittlere Unternehmen — Management Buy-Out (MBO) — Privatisierungskriterien — sozialverträgliche und regional ausgewogene Stilllegung — 15 regionale THA-Niederlassungen
Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen vom 22.03.91	sog. <i>Artikel-</i> oder „Enthemmungs“gesetz, in dem elf bestehende Gesetze geändert worden sind, z.B. das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen, das DM-Bilanzgesetz, das Umweltrahmengesetz und auch das TH-Gesetz (dezentrale Organisationsstruktur der THA). Neu hinzugekommen ist das Vermögenszuordnungsgesetz.
Gesetz über die Spaltung der von der THA verwalteten Unternehmen vom 05.04.1991	sog. „Spaltungsgesetz“. Vermögen kann gespalten werden 1. als Aufspaltung zur Neugründung unter Auflösung ohne Abwicklung der übertragenen Gesellschaft 2. als Abspaltung zur Neugründung unter Fortbestand der übertragenen Gesellschaft.

Geldpolitik:

Sind die Weichen für einen verschärften Restriktionskurs gestellt?

Anfang Dezember 1991 gab die Deutsche Bundesbank ihr Geldmengenziel für 1992 bekannt: Die Geldmenge M3 solle vom 4. Quartal 1991 bis zum 4. Quartal 1992 um 3½ bis 5½ vH ausgeweitet werden. Zwei Wochen später erhöhte sie den Diskontsatz von 7,5% auf 8% und den Lombardsatz von 9,25% auf 9,75%.

Beide Male bekundete die Bundesbank die Absicht, „an ihrem straffen geldpolitischen Kurs festzuhalten“. Hat sie aber nicht in Wirklichkeit die Weichen für eine Verschärfung des geldpolitischen Kurses gestellt? Die Antwort fällt nicht leicht, da es sowohl zur Verteidigung der gegenwärtigen Geldpolitik als auch zu ihrer Kritik plausible Gründe gibt. Zunächst zu den Argumenten zugunsten der Bundesbank.

Was spricht für den geldpolitischen Kurs der Bundesbank?

Der Zielkorridor für 1992 liegt mit 3½ bis 5½ vH sogar über dem zur Jahresmitte 1991 korrigierten Zielkorridor 1991 von 3 bis 5 vH.

Die „fundamentalen“ Komponenten des von der Bundesbank gesetzten Geldmengenziels für 1992 decken sich weitgehend mit denen, die von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer im Herbst veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose präsentiert wurden (vgl. Tabelle „Zum gesamtdeutschen Geldmengenziel 1992“). Die Bundesbank (Spalte BBk) nennt dieselben Zahlen für den normativen Preisanstieg (2 vH) und den steigenden Trend der Geldhaltung (½ vH) wie die Institute (Spalte GD); sie schätzt nur das Wachstum des gesamtdeutschen Produktionspotentials (2,75 vH) etwas niedriger ein als die Institute (3 vH). Somit fällt die aus diesen Komponenten resultierende jahresdurchschnittliche Zuwachsrate bei der Bundesbank (+5,25 vH) nur wenig kleiner aus als bei den Instituten (5,5 vH). Die Rate ist aber deutlich höher, als es der Mitte des Zielkorridors der Bundesbank (3,5 bis 5,5 vH) entspräche. Diese Diskrepanz ist zum Teil damit zu erklären, daß das Geldmengenziel der Bundesbank ein „Verlaufsziel“ ist, also ein Ziel, das ausgedrückt ist als Zunahme der Geldmenge vom vierten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 1992: Als die Institute Mitte Oktober 1991 ihre Vorstellung von einem potentialgerechten Geldmengenziel entwickelten, kannten sie nur die Werte vom Spätsommer, denen zufolge die Geldmenge M3 den Stand vom vierten Quartal 1990 nur mit einer Jahresrate von 4½ vH übertraf. Unter der Annahme, daß die Geldmenge auch im vierten Quartal 1991 deutlich unter dem oberen Rand des damaligen Zielkorridors von 3 bis 5 vH liegen werde, konnte aus der jahresdurchschnittlichen Rate von 5,5 vH eine laufende Jahresrate von mindestens 5½ vH abgeleitet und die

Zum gesamtdeutschen Geldmengenziel 1992
Jahresdurchschnittliche Zunahme 1992/91
in vH

Komponenten des Geldmengenziels	Kalkulation gemäß		
	BBk ¹⁾	GD ²⁾	SVR ³⁾
	Geldmenge M3 ⁴⁾		ZBGM ⁵⁾
Wachstum des Produktionspotentials	2,75	3	3,5
Normativer Preisanstieg	2	2	2
Trend der Geldhaltung ⁶⁾	0,5	0,5	0
Insgesamt ⁷⁾	5,25	5,5	5,5
Nachrichtlich: Zielkorridor im Jahresverlauf ⁸⁾	5,5	4	.
Obere Rate	5,5	6	.
Untere Rate	3,5	4	.

1) Deutsche Bundesbank, Monatsbericht für Dezember 1991, S. 9. — 2) Gemeinschaftsdiagnose der fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 1991, abgedruckt u.a. in: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/91, S. 613. — 3) Sachverständigenrat, im Jahresgutachten 1991/92, Tz. 309 ff. — 4) Folgende von gebietsansässigen Nichtbanken bei gebietsansässigen Kreditinstituten (einschl. Bundesbank) gehaltene Aktiva: Bargeld, Sichteinlagen, Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — 5) Bereinigte Zentralbankgeldmenge. — 6) Geldmenge dividiert durch nominales Bruttosozialprodukt. — 7) Ohne den von der Bundesbank bei der Wahl des Zielkorridors berücksichtigten Abschlag wegen eines „Geldüberhangs“. — 8) Zunahme vom vierten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 1992, in vH; vgl. Tabelle „Umrechnung der jahresdurchschnittlichen Raten ...“.

Empfehlung ausgesprochen werden, den oberen Rand des Zielkorridors von 4 bis 6 vH anzustreben. Die Empfehlung hätte bei sonst gleichen Bedingungen somit etwas moderater ausfallen müssen, wenn man damals hätte annehmen können, daß die Geldmenge im vierten Quartal 1991 den oberen Rand erreichen (Zeile 8, Spalte 3 der Tabelle „Umrechnung...“) oder sogar übertreffen würde (Zeile 8, Spalte 4); denn dann hätten sich nur laufende Raten von 5,2 vH bzw. 5,0 vH ergeben (Zeile 9, Spalten 3 bzw. 4).

Die Bundesbank hatte also Anfang Dezember gegenüber den Instituten einen Informationsvorsprung. Sie konnte davon ausgehen, daß die Geldmenge im vierten Quartal 1991 am oberen Rand des Zielkorridors liegen werde (Zeile 8, Spalte 1) und aus der jahresdurchschnittli-

chen Rate von 5,25 vH eine laufende Rate von 4,8 vH ableiten — und selbst diese Rate erwies sich angesichts der faktischen Geldmengenentwicklung als überhöht (Zeile 8, Spalte 2: + 4,6 vH).

Ein weiteres Argument zugunsten der Bundesbank besagt, daß man mit der deutsch-deutschen Währungsunion einen Geldüberhang geschaffen habe, der bisher noch nicht abgebaut worden sei. Deshalb habe die Bundesbank einen Abschlag wegen eines Geldüberhangs vornehmen müssen (Tabelle „Umrechnung...“, Zeile 9, Spalte 1). Unterstellt man, daß dieser Abschlag sich auf einen halben Prozentpunkt beläuft, dann müßte die Bundesbank eine Ausweitung der Geldmenge nur noch im unteren Bereich ihres Zielkorridors anstreben. Während der zweiten Hälfte des Jahres 1991 hat sich die laufende Jahresrate der Geldmengenexpansion — genau: die Zunahme gegenüber dem Wert vor sechs Monaten, auf Jahresbasis — von 4 vH auf 8 vH erhöht. Diesem Argument folgend, war die Bundesbank im Interesse einer Verstetigung des Geldmengenwachstums gezwungen, über eine Verteuerung ihres Geldangebots die Geldmenge in den Zielkorridor zurückzuführen.

Was spricht gegen den geldpolitischen Kurs?

Die Argumente zugunsten der Position der Bundesbank sind im Rahmen der reinen Geldmengenarithmetik stimmig. Dennoch muß eine umfassende Würdigung der Geldpolitik weiter gehen. Die Argumente zugunsten der Position der Bundesbank beziehen sich ausschließlich auf das gesamtdeutsche Aggregat Geldmenge M3 und berücksichtigen nicht deren Struktur. So läßt sich bei einer differenzierten Analyse zeigen, daß die Beschleunigung der gesamtdeutschen Geldmenge M3 von 4 auf 8 vH überwiegend auf zwei Sonderfaktoren zurückgeht. Erstens scheint der monetäre Anpassungsprozeß in Ostdeutschland zu Ende gegangen zu sein; seit der Jahresmitte 1991 nimmt die ostdeutsche Geldmenge nicht mehr ab, sondern — aufgrund des steigenden Transaktionsbedarfs — wieder zu. Zweitens dürfte — worauf die Bundesbank selber hinweist — ein merklicher Teil der verstärkten Zunahme des Bargeldumlaufs seit August 1991 auf eine verstärkte Zunahme des DM-Banknotenumlaufs in Osteuropa zurückzuführen sein.

Der wichtigste Sonderfaktor ist die Entwicklung der ost-

Umrechnung der jahresdurchschnittlichen Raten
des Geldmengenziels 1992 in laufenden Jahresraten*)

Lfd. Nr.	Geldmenge M3	Bundesbank (BBK) aufgrund des		Gemeinschaftsdiagnose (GD) aufgrund des	
		vorläufigen ¹⁾	tatsächlichen	vorläufigen ¹⁾	tatsächlichen
		Wertes im 4. Quartal 1991			
		1	2	3	4
1	Durchschnittsbestände, in Mrd. DM 1991	1 475,4	1 476,0	1 475,4	1 476,0
2	1992 (Ziel)	1 552,9	1 553,5	1 556,7	1 557,2
3	4. Quartal 1990	1 436,0	1 436,0	1 436,0	1 436,0
4	4. Quartal 1991	1 507,8	1 510,4	1 507,8	1 510,4
5	4. Quartal 1992 (Ziel)	1 580,5	1 580,0	1 586,6	1 586,0
6	Zunahme gegenüber gleicher Vorjahrszeit, in vH, 1992	5,25	5,25	5,5	5,5
7	4. Quartal 1991	5,0	5,2	5,0	5,2
8	4. Quartal 1992 (Ziel)	4,8	4,6	5,2	5,0
9	Abschlag wegen „Geldüberhangs“ ²⁾	—0,3	.	—	—
10	4. Quartal 1992 bereinigt ³⁾	4,5	.	—	—

*) Grundlage ist die Tabelle „Zum gesamtdeutschen Geldmengenziel 1992“; die aus den Jahresdurchschnitten abgeleiteten laufenden Jahresraten müssen sich nicht mit den mittleren Raten des Zielkorridors decken. — ¹⁾ Bei einer — im Zeitpunkt der Zielformulierung unterstellten — Zunahme der Geldmenge vom 4. Quartal 1990 bis zum 4. Quartal 1991 um 5 vH. — ²⁾ Diese Rate wurde einfachheitshalber als Differenz zwischen dem Wert in der Zeile 8 und dem Wert in der Zeile 10 (Anm. 3) errechnet; sie kann nur die Größenordnung des von der Bundesbank gewählten Abschlags repräsentieren. — ³⁾ Mittelwert des Bundesbank-Zielkorridors von 3,5 bis 5,5 vH; vgl. aber die Vorbehalte in Anmerkung *).

deutschen Geldmenge M3. Zum Zeitpunkt der Währungs-
umstellung am 1. Juli 1990 hatte sie mit fast 180 Mrd. DM
einen Anteil an der gesamtdeutschen Geldmenge M3 von
knapp 13 vH (das sind 14,7 vH bezogen auf die westdeut-
sche Geldmenge).

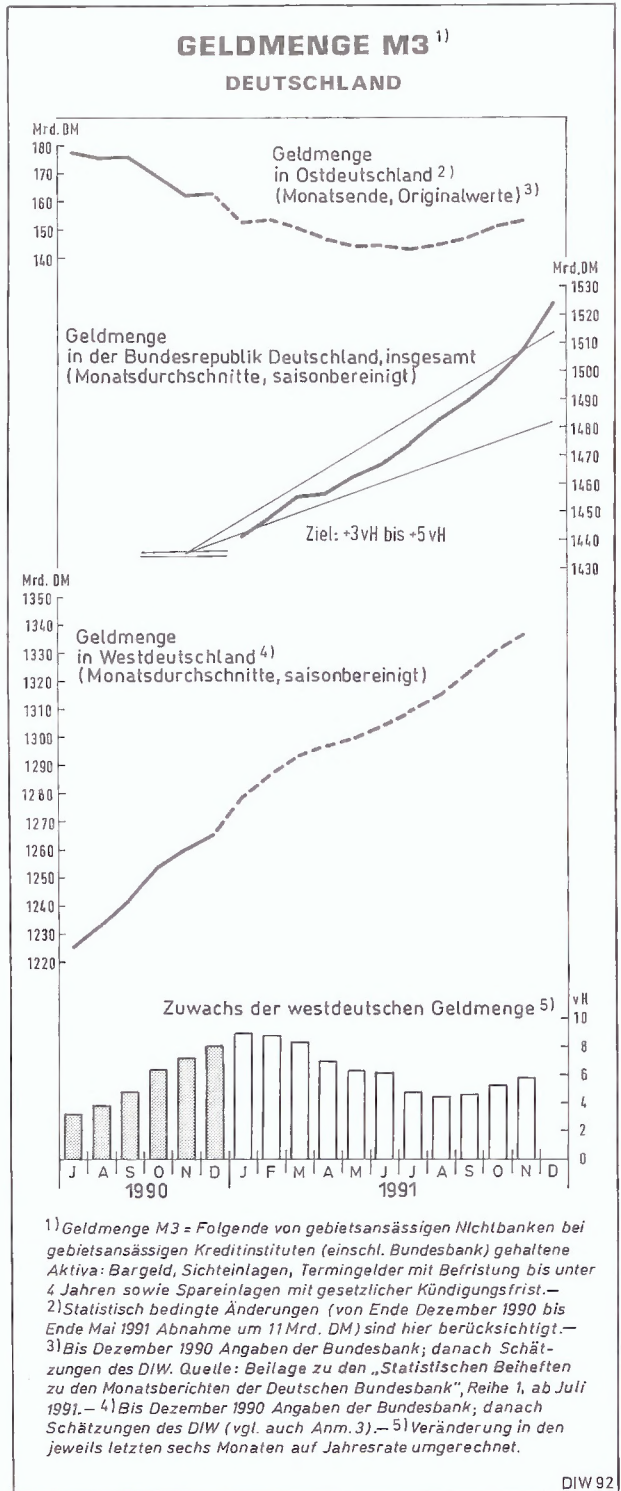
Dieser Anteil war deutlich größer als der Anteil des da-
mals auf 9 vH geschätzten Anteils des ostdeutschen am
gesamtdeutschen Produktionspotential (das sind 10 vH
des westdeutschen Potentials). Dieser „Überhang“ wurde
seinerzeit oft als ein Inflationspotential bezeichnet, zumal
die Geldmenge zunächst ausschließlich aus täglich fäl-
ligen Bankeinlagen (de facto Sichteinlagen) bestand. Sehr
bald gewann aber die Überzeugung an Boden, daß die mei-
sten Haushalte und Unternehmen in Ostdeutschland
daran interessiert waren, einen wachsenden Teil ihrer
Geldbestände nicht für Güterkäufe, sondern zur Bildung
zinsbringender Anlagen zu verwenden. So ist denn auch
die ostdeutsche Geldmenge M3 vom 1. Juli 1990 bis zum
Herbst 1990 um 10 Mrd. DM und von da an bis zum
Sommer 1991 um schätzungsweise 25 Mrd. DM ge-
schrumpft (Tabelle „Anteil der ostdeutschen an der ge-
samtdeutschen Geldmenge“). Damit hat sich der Anteil der
ostdeutschen an der gesamtdeutschen Geldmenge vom 1.
Juli 1990 bis zum Sommer 1991 von knapp 13 vH auf unge-
fähr 10 vH verringert. Seitdem scheint der monetäre An-
passungsprozeß — dies legen jedenfalls die naturgemäß
recht unsicheren Schätzungen nahe — zunächst zu Ende
gekommen zu sein; bis zum Herbst 1991 dürfte die ostdeut-
sche Geldmenge erstmals zugenommen haben; der Anteil
der ostdeutschen an der gesamtdeutschen Geldmenge hat
sich vermutlich nicht mehr verringert, sondern leicht ver-
größert.

Das ist plausibel: Zu der Abnahme bis zum Sommer 1991
hatte neben dem strukturellen monetären Anpassungspro-
zess beigetragen, daß die Einkommen im ersten Halbjahr
1991 niedriger waren als im zweiten Halbjahr 1990. Im

Anteil der ostdeutschen
an der gesamtdeutschen Geldmenge

Zeit	Gesamtdeutsche Geldmenge M3 ¹⁾		
	Insgesamt	dar.: Ostdeutschland ²⁾	
	Mrd. DM	Mrd. DM	Anteil in vH
1. Juli 1990	1 404	180	13
Herbst ³⁾ 1990	1 433	170	12
Sommer ⁴⁾ 1991	1 470	145	10
Herbst ³⁾ 1991	1 505	151	10

¹⁾ Anmerkung 1 in Abb. „Geldmenge M3“. — ²⁾ Schät-
zung. — ³⁾ Durchschnitt aus den Endbeständen in den Mo-
naten September, Oktober und November. — ⁴⁾ Durch-
schnitt aus den Endbeständen in den Monaten Mai, Juni
und Juli.



¹⁾ Geldmenge M3 = Folgende von gebietsansässigen Nichtbanken bei gebietsansässigen Kreditinstituten (einschl. Bundesbank) gehaltene Aktiva: Bargeld, Sichteinlagen, Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — ²⁾ Statistisch bedingte Änderungen (von Ende Dezember 1990 bis Ende Mai 1991 Abnahme um 11 Mrd. DM) sind hier berücksichtigt. — ³⁾ Bis Dezember 1990 Angaben der Bundesbank; danach Schätzungen des DIW. Quelle: Beilage zu den „Statistischen Beihften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“, Reihe 1, ab Juli 1991. — ⁴⁾ Bis Dezember 1990 Angaben der Bundesbank; danach Schätzungen des DIW (vgl. auch Anm. 3). — ⁵⁾ Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

zweiten Halbjahr 1991 waren die Einkommen dagegen merklich höher als im ersten Halbjahr, so daß die Haushalte und Unternehmen einen erheblich größeren Bedarf an Transaktionskasse hatten. Die relativ kräftige Expansion der ostdeutschen Geldmenge ist also ein durchaus nor-

maler Vorgang und keineswegs Ausdruck oder Vorläufer einer inflatorischen Tendenz in der ostdeutschen Wirtschaft.

Wenn diese Einschätzung zutrifft, erscheint auch die rapide Beschleunigung der gesamtdesischen Geldmenge seit dem Sommer 1991 in einem weit weniger grellen Licht. Sie dürfte zu einem erheblichen Teil darauf beruhen, daß der negative Beitrag der ostdeutschen Geldmengenentwicklung, der im ersten Halbjahr 1991 die gesamtdesische Geldmengenexpansion auf ungefähr 3½ vH gedrückt hatte, im zweiten Halbjahr 1991 von einem positiven Beitrag der ostdeutschen zur gesamtdesischen Geldmengenexpansion abgelöst wurde. Wie aus der — auf groben Schätzungen des DIW basierenden — Abbildung „Geldmenge M3“ ersichtlich, hat sich vermutlich auch die Zunahme der westdeutschen Geldmenge bis zum Sommer 1991 abgeschwächt und danach wieder beschleunigt. Allerdings dürfte die Beschleunigung der westdeutschen Geldmengenexpansion (von vielleicht 4½ vH im Spätsommer 1991 auf knapp 6 vH im Herbst 1991) erheblich weniger ausgeprägt gewesen sein als die Beschleunigung der gesamtdesischen Geldmengenexpansion (von 4 auf 8 vH).

Die These von einer bedenklichen Beschleunigung der monetären Expansion wird außerdem durch die Einbeziehung eines weiteren Sonderfaktors in Frage gestellt: Die verstärkte Zunahme des Bargeldumlaufs in den letzten Monaten beruhte überwiegend auf einer verstärkten Zunahme des DM-Notenumlaufs in Osteuropa. Berücksichtigt man dies, dann erscheint die monetäre Expansion in Westdeutschland noch moderater, und es spricht viel dafür, daß die „echte“, also von Inländern gehaltene, gesamtdesische Geldmenge im vierten Quartal 1991 den oberen Rand des damaligen Zielkorridors (3 bis 5 vH) nicht übertroffen hat.

Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die jüngste Beschleunigung der Geldmengenexpansion nicht als Basis der Zielfestlegung geeignet ist. Daher ist, wenn man den Vorstellungen der Institute in der Gemeinschaftsdiagnose hinsichtlich der jahresdurchschnittlich zu erwartenden Größen folgt, für 1992 eine laufende Jahresrate von über 5 vH abzuleiten (Abb. „Umrechnung...“, Zeile 8, Spalte 3). Sollte sich die „Ausweitung des Währungsraums der D-Mark“ fortsetzen, wäre eine laufende Rate der Geldmengenexpansion von 5½ vH auf jeden Fall anzustreben. Dies wäre deutlich mehr, als sich die Bundesbank zum Ziel gesetzt hat.

Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Zu Beginn dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt seine erste vorläufige Berechnung der wichtigsten Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 1991, getrennt für West- und Ostdeutschland, veröffentlicht¹.

Die hier vorgelegten Daten für *Westdeutschland* weichen teilweise von den amtlichen Jahresergebnissen ab. So hat das Statistische Bundesamt keine Hinweise darauf gegeben, in welcher Weise die für 1991 bereits veröffentlichten Quartalswerte korrigiert worden sind, und für die Berechnungen des DIW liegen jetzt vollständigere statistische Informationen über die letzten Monate des Jahres 1991 vor. Auf der Grundlage dieser Daten errechnet sich, daß das reale Bruttosozialprodukt im vierten Quartal 1991 saison- und arbeitstäglich bereinigt um 0,5 vH gesunken ist; das entsprechende Vorjahresergebnis wurde dabei nur noch wenig übertroffen.

Ausschlaggebend für den Rückgang des Sozialprodukts war die Entwicklung in Industrie und Handel. In beiden Bereichen ist die Leistung, nach der kräftigen Abnahme im Vorquartal, weiter zurückgegangen. In den übrigen Wirtschaftsbereichen hat sich die Zunahme deutlich abgeflacht.

Vom Ausland gingen im letzten Jahresviertel keine Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Warenexporte, die bis zum dritten Quartal 1991 fast zwei Jahre hintereinander — vor allem wegen der Lieferungen nach Ostdeutschland — kräftig ausgeweitet worden waren, sanken deutlich. Der reale Außenbeitrag ging zurück. Beim Verbrauch und den Ausrüstungsinvestitionen kam es dagegen noch zu einer Zunahme; dies ging einher mit einem kräftigen Lagerabbau.

Auch die jüngsten Ordereingänge bei der Industrie sprechen dafür, daß sich die westdeutsche Wirtschaft zur Zeit in einer schwierigen Phase befindet. Seit Mitte des Jahres ist die Nachfrage aus dem Inland bei der Industrie insgesamt nicht mehr gestiegen. Die Auslandsnachfrage ist sogar deutlich gesunken. Da zudem die Lieferungen nach Ostdeutschland mehr und mehr an Gewicht verlieren, wird das reale Bruttosozialprodukt auch in den ersten Monaten 1992 vermutlich nicht expandieren und dabei erneut nur etwa den Vorjahresstand erreichen.

Für *Ostdeutschland* liegt nun erstmals eine — allerdings hoch aggregierte — volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes mit nominalen Daten für das zweite Halbjahr 1990 und für 1991 vor: Das DIW, das schon seit etwa eineinhalb Jahren eine eigene geschlossene volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland führt, hat diese Daten mit wenigen Ausnahmen in sein System übernommen und dies zudem zum Anlaß genommen, eine vollständige vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung — entsprechend der gewohnten vierteljährlichen VGR für Westdeutschland — für die Zeit vom ersten Quartal 1989 an zu erstellen.

Bei der Durchrechnung anhand der amtlichen VGR stellte sich heraus, daß die vom Statistischen Bundesamt für 1991 veröffentlichte Bruttolohn- und -gehaltssumme mit Sicherheit zu niedrig ausgewiesen ist, und zwar in einer Größenordnung von rund 23 Mrd. DM. Auch die Daten über die Eingänge von Sozialversicherungsbeiträgen sprechen für die vom DIW ermittelten Werte.

Auf der Grundlage der nominalen Rechnung des Statistischen Bundesamtes ergibt sich ein Rückgang des realen Bruttosozialprodukts für Ostdeutschland im Jahre 1991, der wesentlich kräftiger ausfällt (30 vH) als bisher vermutet (20 vH). Dies wird durch eine Reihe jetzt vorliegender Produktionsdaten untermauert. Insbesondere der Anstieg der Erzeugung im Baugewerbe war bisher deutlich überschätzt worden. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, daß die vom DIW vorgenommene Korrektur bei der Bruttolohn- und -gehaltssumme — sollte sie sich als richtig erweisen — eine gewisse Anhebung des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung nach sich ziehen wird. Dies dürfte sich dann vor allem in den Dienstleistungsbereichen niederschlagen.

Die Neuberechnung der VGR-Daten hat dagegen die — Mitte 1990 erstmals vom DIW veröffentlichte — Zahl für das nominale Bruttosozialprodukt in Ostdeutschland im Jahre 1989 von rund 280 Mrd. DM weitgehend bestätigt.

¹ Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.1, Konten- und Standardtabellen 1991. Erste Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung, Januar 1992, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Westdeutschland
Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1990	1991	1989		1990				1991			
			III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	46576	47245	11010	11644	12000	11626	11212	11738	11870	12005	11524	11846
Beschäftigte (1000 Pers.)	25470	26231	24765	24973	24996	25332	25617	25935	25867	26164	26375	26519
Produktivität (DM)	45,55	46,33	46,02	45,37	42,56	44,65	47,78	47,22	44,68	45,40	47,88	47,38
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	2119,7	2188,3	506,7	528,3	510,7	519,1	535,7	554,2	530,3	545,1	551,7	561,2
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1313,9	1420,9	302,6	348,9	295,4	316,3	324,0	378,2	314,8	346,7	354,8	404,6
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1069,8	1158,2	246,5	283,7	240,1	257,0	264,4	308,3	256,7	281,7	289,0	330,7
Nettolohn- u. -gehaltsumme	743,0	780,4	168,4	189,3	169,8	177,6	186,5	209,2	180,1	188,8	196,6	214,8
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	559,6	571,4	127,8	124,9	143,6	136,2	148,1	131,7	153,2	143,9	148,4	125,9
Indirekte Steuern abz. Subventionen	254,4	290,9	58,1	61,5	58,7	58,9	65,5	71,3	67,2	70,3	73,5	80,1
Abschreibungen	299,7	326,6	70,4	71,4	72,5	74,6	75,5	77,0	78,1	81,3	82,5	84,7
Bruttosozialprodukt	2427,5	2609,9	558,9	606,7	570,2	586,1	613,0	658,2	613,2	642,1	659,2	695,3
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1299,2	1377,7	298,1	326,1	306,6	319,0	322,0	351,7	325,8	340,9	340,6	370,4
Öffentlicher Verbrauch	443,1	470,7	101,3	123,0	101,5	105,8	108,0	127,8	104,0	113,1	114,3	139,3
Anlageinvestitionen	509,5	567,9	114,5	126,5	108,2	129,9	129,2	142,2	118,1	147,9	146,4	155,5
Bauten	275,0	306,0	65,9	63,1	58,7	72,3	74,0	70,1	61,5	82,1	84,1	78,3
Ausrüstungen	234,5	261,9	48,6	63,4	49,5	57,6	55,3	72,1	56,6	65,7	62,2	77,3
Vorratsveränderung	10,2	8,2	13,0	-7,2	14,0	-0,6	13,2	-16,5	14,6	-0,1	15,8	-22,1
Außenbeitrag	165,6	185,5	32,1	38,3	39,9	32,1	40,6	53,0	50,8	40,3	42,2	52,2
Ausfuhr	881,8	1006,6	193,3	205,6	210,2	206,1	219,7	245,8	245,7	247,7	252,6	260,7
darunter: Waren	666,3	743,4	149,5	159,4	163,4	159,1	162,4	181,3	181,8	182,9	187,0	191,7
Einfuhr	716,2	821,2	161,3	167,3	170,2	174,0	179,2	192,8	194,9	207,4	210,4	208,5
darunter: Waren	521,4	596,2	113,3	127,0	124,5	125,1	125,5	146,2	146,4	152,3	146,7	150,8
Bruttosozialprodukt	2427,5	2609,9	558,9	606,7	570,2	586,1	613,0	658,2	613,2	642,1	659,2	695,3
Zu Preisen von 1985 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1211,1	1239,1	285,5	310,6	288,1	298,7	299,7	324,6	298,2	309,0	303,4	328,5
Öffentlicher Verbrauch	390,5	395,2	94,5	100,8	94,6	97,2	97,5	101,2	94,7	97,3	98,2	105,0
Anlageinvestitionen	458,6	488,6	106,4	117,4	99,4	116,7	115,5	127,0	104,6	127,0	124,6	132,4
Bauten	237,7	247,2	60,1	57,0	52,2	62,6	63,4	59,5	51,2	66,5	67,4	62,0
Ausrüstungen	220,9	241,4	46,4	60,3	47,2	54,1	52,1	67,5	53,4	60,5	57,3	70,3
Vorratsveränderung	13,1	10,4	13,2	-8,5	16,0	1,1	13,0	-17,0	16,7	1,1	15,4	-22,8
Außenbeitrag	66,7	70,5	12,6	14,0	16,8	9,5	14,6	25,8	22,7	13,3	13,7	20,8
Ausfuhr	852,6	953,7	187,6	198,9	205,5	199,8	212,2	235,1	236,0	234,8	238,2	244,7
darunter: Waren	656,2	721,5	146,5	156,7	161,8	156,5	160,1	177,8	178,1	177,2	181,0	185,2
Einfuhr	785,9	883,2	175,0	184,9	188,7	190,4	197,5	209,3	213,4	221,5	224,5	223,8
darunter: Waren	611,6	690,0	131,0	148,4	146,6	146,3	149,9	168,8	170,3	173,8	170,6	175,3
Bruttosozialprodukt	2140,0	2203,8	512,2	534,3	514,9	523,2	540,3	561,6	536,9	547,6	555,3	564,0
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	107,3	111,2	104,4	105,0	106,4	106,8	107,5	108,3	109,3	110,3	112,3	112,8
Öffentlicher Verbrauch	113,5	119,1	107,1	122,0	107,2	108,9	110,7	126,3	109,7	116,3	116,4	132,6
Bauten	115,7	123,8	109,7	110,6	112,5	115,4	116,7	117,8	120,0	123,5	124,8	126,2
Ausrüstungen	106,2	108,5	104,9	105,2	104,9	106,6	106,0	106,8	106,1	108,7	108,7	109,9
Ausfuhr	103,4	105,6	103,0	103,4	102,3	103,1	103,6	104,6	104,1	105,5	106,1	106,5
Einfuhr	91,1	93,0	92,2	90,5	90,2	91,4	90,7	92,1	91,3	93,6	93,7	93,2
Nachr.: Terms of Trade	113,5	113,5	111,8	114,2	113,4	112,8	114,2	113,5	114,0	112,7	113,1	114,4
Bruttosozialprodukt	113,4	118,4	109,1	113,6	110,7	112,0	113,5	117,2	114,2	117,3	118,7	123,3
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	109,9	115,2	106,1	117,3	102,8	108,3	107,4	121,2	105,4	113,0	114,2	128,1

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Westdeutschland
Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1990	1991	1989		1990				1991			
			III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen	1,3	1,4	-0,8	-0,7	3,0	-0,6	1,8	0,8	-1,1	3,3	2,8	0,9
Beschäftigte	3,3	3,0	1,6	1,8	2,9	3,1	3,4	3,9	3,5	3,3	3,0	2,3
Produktivität	3,4	1,7	3,4	3,4	1,5	4,3	3,8	4,1	5,0	1,7	0,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt	4,7	3,2	2,6	2,7	4,5	3,7	5,7	4,9	3,8	5,0	3,0	1,3
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	7,5	8,1	4,3	4,5	6,6	7,9	7,1	8,4	6,6	9,6	9,5	7,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	7,8	8,3	4,5	4,6	6,7	8,1	7,3	8,7	6,9	9,6	9,3	7,3
Nettolohn- u. -gehaltsumme	10,7	5,0	3,7	4,0	9,5	11,8	10,8	10,5	6,1	6,4	5,4	2,7
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	9,2	2,1	6,3	9,4	10,8	4,7	15,8	5,5	6,7	5,6	0,3	-4,4
Indirekte Steuern abz. Subventionen	9,9	14,4	11,6	9,3	5,1	5,1	12,6	16,0	14,4	19,3	12,2	12,3
Abschreibungen	7,3	9,0	6,4	6,4	6,4	7,4	7,3	7,8	7,7	9,0	9,2	10,0
Bruttosozialprodukt	8,1	7,5	5,7	6,1	7,4	6,8	9,7	8,5	7,5	9,6	7,5	5,6
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	7,4	6,0	4,1	4,8	7,1	6,7	8,0	7,8	6,3	6,9	5,8	5,3
Öffentlicher Verbrauch	5,8	6,2	1,9	-0,1	5,6	7,5	6,7	3,9	2,5	6,9	5,9	9,0
Anlageinvestitionen	12,9	11,5	7,6	10,4	15,2	11,5	12,9	12,4	9,1	13,9	13,2	9,4
Bauten	11,5	11,3	5,1	7,6	12,7	10,3	12,3	11,2	4,8	13,7	13,7	11,6
Ausrüstungen	14,5	11,7	11,0	13,3	18,4	13,1	13,7	13,6	14,3	14,1	12,6	7,2
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	11,9	14,2	13,6	10,7	11,6	2,7	13,7	19,6	16,9	20,2	15,0	6,1
darunter: Waren	8,1	11,6	10,8	8,1	9,2	0,8	8,6	13,7	11,2	15,0	15,1	5,8
Einfuhr	11,4	14,7	10,6	13,9	13,4	5,8	11,1	15,3	14,5	19,2	17,5	8,1
darunter: Waren	9,7	14,4	11,0	16,2	10,5	2,2	10,8	15,2	17,6	21,7	16,9	3,1
Bruttosozialprodukt	8,1	7,5	5,7	6,1	7,4	6,8	9,7	8,5	7,5	9,6	7,5	5,6
Zu Preisen von 1985												
Privater Verbrauch	4,7	2,3	1,1	1,8	4,7	4,7	5,0	4,5	3,5	3,4	1,3	1,2
Öffentlicher Verbrauch	2,1	1,2	-1,4	-3,7	1,8	3,1	3,2	0,4	0,1	0,1	0,7	3,8
Anlageinvestitionen	8,8	6,5	4,4	7,4	11,9	7,3	8,6	8,2	5,2	8,8	7,9	4,2
Bauten	5,3	4,0	1,5	3,8	7,7	4,0	5,6	4,4	-1,8	6,2	6,3	4,2
Ausrüstungen	12,9	9,3	8,5	11,0	16,9	11,3	12,5	11,9	13,0	11,8	9,8	4,2
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	11,0	11,9	10,5	8,4	10,5	2,1	13,1	18,2	14,8	17,5	12,3	4,1
darunter: Waren	8,1	10,0	8,0	6,5	8,8	0,8	9,3	13,5	10,1	13,2	13,1	4,2
Einfuhr	11,6	12,4	6,1	11,1	12,9	7,5	12,9	13,2	13,1	16,4	13,7	7,0
darunter: Waren	11,4	12,8	6,4	13,0	11,3	6,1	14,5	13,8	16,2	18,8	13,8	3,8
Bruttosozialprodukt	4,6	3,0	3,0	3,1	4,3	3,3	5,5	5,1	4,3	4,7	2,8	0,4
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	2,6	3,7	3,0	3,0	2,3	1,9	2,9	3,2	2,7	3,3	4,5	4,1
Öffentlicher Verbrauch	3,7	5,0	3,3	3,8	3,7	4,3	3,4	3,6	2,4	6,8	5,1	5,0
Bauten	5,9	7,0	3,6	3,7	4,6	6,0	6,4	6,5	6,7	7,0	7,0	7,1
Ausrüstungen	1,4	2,2	2,3	2,1	1,3	1,7	1,1	1,6	1,2	2,0	2,5	2,9
Ausfuhr	0,8	2,1	2,8	2,1	1,0	0,6	0,5	1,2	1,8	2,3	2,4	1,9
Einfuhr	-0,2	2,0	4,2	2,6	0,5	-1,6	-1,6	1,8	1,2	2,4	3,4	1,1
Nachr.: Terms of Trade	1,1	0,0	-1,4	-0,5	0,5	2,3	2,2	-0,6	0,6	-0,1	-0,9	0,8
Bruttosozialprodukt	3,4	4,4	2,7	2,9	3,0	3,4	4,0	3,2	3,1	4,7	4,6	5,2
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	2,7	4,8	2,7	2,9	3,0	3,4	4,0	3,2	3,1	4,7	4,6	5,2

¹⁾ Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Westdeutschland
Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1989				1990				1991			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	11445	11622	11464	11533	11744	11526	11638	11673	11617	11895	11913	11807
Beschäftigte (1000 Pers.)	24478	24581	24711	24863	25134	25347	25572	25830	26000	26180	26333	26415
Produktivität (DM)	44	44	44	44	44	46	46	46	47	46	46	46
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	500	506	506	513	522	524	534	539	542	550	550	547
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)³⁾												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1202	1210	1230	1244	1280	1297	1318	1357	1364	1414	1444	1462
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	976	983	1000	1011	1041	1056	1074	1106	1112	1152	1176	1194
Nettolohn- u. -gehaltsumme	659	663	676	688	720	736	748	767	764	779	789	788
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	496	518	506	534	546	548	577	570	582	582	573	551
Indirekte Steuern abz. Subventionen	226	231	233	234	240	245	261	271	276	290	293	304
Abschreibungen	273	277	281	286	291	297	302	308	314	323	330	339
Bruttosozialprodukt	2197	2236	2250	2299	2357	2386	2458	2506	2536	2609	2640	2656
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM)³⁾												
Privater Verbrauch	1186	1205	1214	1234	1266	1284	1311	1334	1345	1371	1387	1407
Öffentlicher Verbrauch	417	416	420	425	439	441	447	446	450	467	474	492
Anlageinvestitionen	437	444	455	470	490	500	515	535	539	568	579	588
Bauten	244	242	247	255	268	270	277	285	285	306	314	319
Ausrüstungen	193	201	208	216	223	230	237	250	254	262	265	270
Vorratsveränderung	14	13	15	34	12	14	10	2	16	15	13	-13
Außenbeitrag	144	153	147	134	145	150	176	191	191	188	181	183
Ausfuhr	757	795	797	801	826	844	901	962	984	1014	1020	1020
darunter: Waren	597	623	622	623	639	647	673	713	724	743	760	754
Einfuhr	613	642	650	666	682	694	725	772	794	826	839	836
darunter: Waren	454	477	478	491	492	500	530	569	589	609	606	590
Bruttosozialprodukt	2199	2231	2251	2298	2351	2388	2458	2508	2540	2609	2634	2657
Zu Preisen von 1985, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM)³⁾												
Privater Verbrauch	1146	1154	1159	1172	1194	1203	1220	1229	1233	1243	1237	1243
Öffentlicher Verbrauch	385	383	382	383	390	392	393	388	390	392	396	403
Anlageinvestitionen	413	416	424	435	448	452	461	475	475	490	495	496
Bauten	227	223	225	230	237	235	238	241	238	248	252	251
Ausrüstungen	186	193	199	205	211	217	224	234	238	242	243	245
Vorratsveränderung	15	13	17	36	13	18	12	6	19	16	15	-11
Außenbeitrag	67	79	66	45	54	52	71	87	78	74	67	62
Ausfuhr	744	775	775	778	803	819	871	924	940	962	963	960
darunter: Waren	591	614	611	613	630	638	663	699	707	722	736	729
Einfuhr	677	697	708	733	749	767	800	837	862	888	896	897
darunter: Waren	528	544	550	572	577	593	625	659	683	701	699	687
Bruttosozialprodukt	2025	2044	2048	2071	2099	2118	2156	2184	2196	2215	2210	2194
Nachr.: kalendermonatlich	2023	2048	2048	2071	2104	2117	2156	2182	2193	2216	2215	2194
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	104	104	105	105	106	107	108	109	109	110	112	113
Öffentlicher Verbrauch	108	108	110	111	112	112	114	115	115	119	120	121
Bauten	108	108	110	111	113	115	117	118	120	123	125	127
Ausrüstungen	104	104	105	105	106	106	106	107	107	108	109	110
Ausfuhr	102	103	103	103	103	103	103	104	105	105	106	106
Einfuhr	91	92	92	91	91	91	91	92	92	93	94	93
Nachr.: Terms of Trade	112	111	112	113	113	114	114	113	114	114	113	114
Bruttosozialprodukt	109	109	110	111	112	113	114	115	116	118	119	121
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	107	106	108	108	109	110	109	111	112	114	117	118

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100. — ³⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Westdeutschland
Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1989				1990				1991			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1985												
Arbeitsvolumen	-0,5	1,5	-1,5	0,5	2,0	-2,0	1,0	0,5	-0,5	2,5	0,0	-1,0
Beschäftigte	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5
Produktivität	1,5	-0,5	1,5	0,5	0,0	2,5	1,0	0,5	1,0	-1,0	-0,5	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,0	0,0	1,5	2,0	0,5	2,0	1,0	0,5	1,5	0,0	-0,5
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1,0	0,5	1,5	1,0	3,0	1,5	1,5	3,0	0,5	3,5	2,0	1,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1,0	0,5	1,5	1,0	3,0	1,5	1,5	3,0	0,5	3,5	2,0	1,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	0,0	0,5	2,0	2,0	4,5	2,0	1,5	2,5	-0,5	2,0	1,5	0,0
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	2,0	4,5	-2,5	5,5	2,0	0,5	5,0	-1,0	2,0	0,0	-1,5	-3,5
Indirekte Steuern abz. Subventionen	6,0	2,0	0,5	0,5	2,5	2,0	6,5	4,0	2,0	5,0	1,0	4,0
Abschreibungen	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0	2,0	2,5
Bruttosozialprodukt	2,0	2,0	0,5	2,0	2,5	1,0	3,0	2,0	1,0	3,0	1,0	0,5
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	1,0	1,5	0,5	1,5	2,5	1,5	2,0	1,5	1,0	2,0	1,0	1,5
Öffentlicher Verbrauch	-1,0	0,0	1,0	1,0	3,0	0,5	1,5	0,0	1,0	4,0	1,5	4,0
Anlageinvestitionen	3,5	1,5	2,5	3,5	4,0	2,0	3,0	4,0	1,0	5,5	2,0	1,5
Bauten	4,5	-1,0	2,0	3,5	5,0	1,0	2,5	3,0	0,0	7,5	2,5	1,5
Ausrüstungen	2,5	4,0	3,5	3,5	3,5	3,5	3,0	5,0	2,0	3,0	1,0	2,0
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	5,0	5,0	0,0	0,5	3,0	2,0	6,5	7,0	2,5	3,0	0,5	0,0
darunter: Waren	4,5	4,5	0,0	0,0	2,5	1,0	4,0	6,0	1,5	2,5	2,0	-0,5
Einfuhr	5,0	4,5	1,5	2,5	2,5	2,0	4,5	6,5	3,0	4,0	1,5	-0,5
darunter: Waren	6,5	5,0	0,0	2,5	0,5	1,5	6,0	7,5	3,5	3,5	-0,5	-3,0
Bruttosozialprodukt	2,0	1,5	1,0	2,0	2,5	1,5	3,0	2,0	1,5	2,5	1,0	1,0
Zu Preisen von 1985, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,0	0,5	0,5	1,0	2,0	1,0	1,5	0,5	0,5	0,5	-0,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	-2,0	-0,5	0,0	0,5	2,0	0,5	0,0	-1,5	0,5	0,5	1,0	2,0
Anlageinvestitionen	3,0	1,0	2,0	2,5	3,0	1,0	2,0	3,0	0,0	3,0	1,0	0,0
Bauten	3,5	-1,5	0,5	2,0	3,0	-0,5	1,0	1,5	-1,5	4,5	1,5	0,0
Ausrüstungen	1,5	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	4,5	2,0	2,0	0,5	0,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	4,0	4,0	0,0	0,5	3,0	2,0	6,5	6,0	2,0	2,5	0,0	-0,5
darunter: Waren	3,5	4,0	-0,5	0,5	3,0	1,5	4,0	5,5	1,0	2,0	2,0	-1,0
Einfuhr	2,5	3,0	1,5	3,5	2,5	2,5	4,5	4,5	3,0	3,0	1,0	0,0
darunter: Waren	4,0	3,0	1,0	4,0	1,0	2,5	5,5	5,5	3,5	2,5	-0,5	-1,5
Bruttosozialprodukt	1,0	1,0	0,0	1,0	1,5	1,0	2,0	1,5	0,5	1,0	0,0	-0,5
Nachr.: kalendermonatlich	1,0	1,0	0,0	1,0	1,5	0,5	2,0	1,0	0,5	1,0	0,0	-1,0
Preisentwicklung (1985 = 100)												
Privater Verbrauch	1,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	1,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	1,0	0,5	1,5	1,0	1,5	0,0	1,0	1,0	0,5	3,5	0,5	1,5
Bauten	1,0	0,5	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	1,5	1,5
Ausrüstungen	1,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,0	1,0	1,0	1,0
Ausfuhr	1,0	0,5	0,5	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0
Einfuhr	2,0	1,5	-0,5	-1,0	0,0	-0,5	0,0	2,0	0,0	1,0	1,0	-0,5
Nachr.: Terms of Trade	-1,0	-1,0	0,5	1,0	0,0	0,5	0,5	-1,0	0,5	0,0	-0,5	0,5
Bruttosozialprodukt	1,0	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0	2,0	1,0	1,5
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	0,5	-0,5	1,5	0,0	1,0	1,0	-0,5	1,5	0,5	2,0	2,0	1,5

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1985 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Ostdeutschland
Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1989		1990				1991			
			III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen vom 2. Hj. 1990												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	14619	9774	4123	4317	4317	4034	3337	2931	2648	2402	2301	2423
Beschäftigte (1000 Pers.)	8536	6800	9638	9572	9361	8841	8309	7633	7209	6885	6688	6418
Produktivität (DM)	16,12	15,77	17,33	16,51	15,96	17,01	15,05	16,44	14,73	15,59	16,80	15,97
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	235,9	153,8	71,4	71,3	68,9	68,6	50,2	48,2	39,0	37,4	38,7	38,7
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	167,4	188,4	38,4	39,9	46,5	44,3	37,5	39,1	36,1	45,8	49,9	56,7
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	142,8	158,7	32,5	33,8	39,4	37,6	32,3	33,5	30,6	38,4	41,8	47,9
Nettolohn- u. -gehaltsumme	113,5	118,5	25,9	26,9	31,3	29,9	25,9	26,4	23,8	29,1	30,5	35,0
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	34,8	-32,3	14,8	13,2	9,0	11,0	6,8	7,9	-2,4	-11,9	-10,0	-7,9
Indirekte Steuern abz. Subventionen	-9,4	-3,3	6,2	6,3	1,6	0,0	-5,5	-5,5	-0,2	0,1	-1,4	-1,8
Abschreibungen	37,9	40,2	10,0	9,8	10,0	9,3	9,2	9,5	9,6	9,8	10,3	10,6
Bruttosozialprodukt	230,6	193,1	69,3	69,2	67,0	64,7	48,0	51,0	43,1	43,7	48,7	57,6
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	163,8	196,3	38,7	42,9	38,0	37,4	43,4	45,0	43,6	47,3	47,5	57,8
Staatsverbrauch	71,5	90,2	16,7	17,2	16,4	16,5	17,3	21,3	19,9	20,5	23,0	26,8
Anlageinvestitionen	57,2	72,4	13,9	13,1	11,3	14,7	14,6	16,6	14,6	17,2	18,8	21,8
Bauten	37,7	36,4	10,1	8,6	8,1	10,6	9,7	9,2	7,3	8,6	10,0	10,5
Ausrüstungen	19,5	36,0	3,8	4,5	3,2	4,1	4,8	7,4	7,3	8,6	8,8	11,3
Vorratsveränderung	-5,6	2,4	1,5	-0,2	3,1	1,4	-9,1	-1,0	2,6	0,4	1,0	-1,6
Außenbeitrag	-56,2	-168,1	-1,4	-3,9	-1,9	-5,4	-18,1	-30,8	-37,7	-41,7	-41,6	-47,2
Ausfuhr	60,4	59,2	13,6	13,9	12,3	15,2	15,5	17,5	12,7	13,5	16,5	16,6
Einfuhr	116,6	227,3	15,1	17,8	14,2	20,6	33,5	48,3	50,4	55,1	58,1	63,7
Bruttosozialprodukt	230,6	193,1	69,3	69,2	67,0	64,7	48,0	51,0	43,1	43,7	48,7	57,6
Zu Preisen vom 2. Hj. 1990 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	164,9	173,1	38,6	42,9	37,9	38,7	43,9	44,5	40,6	42,8	42,5	47,2
Staatsverbrauch	74,2	81,8	18,1	18,7	17,8	17,7	17,8	20,8	19,7	19,9	20,4	21,8
Anlageinvestitionen	57,4	67,8	13,9	13,1	11,4	14,9	14,7	16,4	14,2	16,6	17,2	19,8
Bauten	38,4	33,0	10,7	9,1	8,5	11,0	9,8	9,1	7,0	8,2	8,8	9,1
Ausrüstungen	19,0	34,8	3,2	4,0	2,8	4,0	4,9	7,3	7,2	8,4	8,4	10,8
Vorratsveränderung	-4,6	2,0	1,5	-0,2	3,1	2,5	-8,1	-2,1	2,5	0,3	0,9	-1,7
Außenbeitrag	-56,0	-160,9	-1,2	-3,7	-1,7	-5,5	-18,0	-30,8	-37,0	-40,1	-39,5	-44,4
Ausfuhr	61,0	57,8	13,9	14,2	12,6	15,5	15,6	17,3	12,7	13,3	16,0	15,8
Einfuhr	117,0	218,7	15,2	17,9	14,3	21,0	33,6	48,2	49,7	53,3	55,5	60,2
Bruttosozialprodukt	235,9	163,7	70,9	70,7	68,5	68,3	50,2	48,8	40,0	39,4	41,5	42,8
Preisentwicklung (2. Hj. 1990 = 100)												
Privater Verbrauch	99,3	113,4	100,1	100,1	100,3	96,7	98,9	101,1	107,5	110,6	111,9	122,4
Staatsverbrauch	96,4	110,2	92,0	92,2	92,0	93,0	97,1	102,5	101,0	102,9	112,6	123,0
Bauten	98,1	110,4	94,9	94,8	95,1	97,1	99,2	100,9	103,4	106,0	114,3	116,0
Ausrüstungen	102,9	103,4	115,7	112,3	114,1	103,5	99,0	100,7	102,1	102,0	104,3	104,7
Ausfuhr	99,1	102,6	98,0	98,0	97,9	98,0	99,2	100,7	100,0	101,5	103,2	104,9
Einfuhr	99,6	104,0	99,3	99,4	99,7	98,0	99,7	100,2	101,4	103,4	104,8	106,0
Nachr.: Terms of Trade	99,4	98,7	98,6	98,6	98,1	100,0	99,5	100,5	98,7	98,2	98,5	99,0
Bruttosozialprodukt	97,8	117,9	97,7	97,8	97,8	94,6	95,6	104,5	107,7	110,9	117,4	134,6
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ¹⁾	92,5	157,6	69,1	71,9	86,7	83,0	96,0	104,4	118,9	157,1	166,0	188,5

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 2. Halbjahr 1990 = 100.

Quellen: Vorläufige Schätzungen und Berechnungen des DIW unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes (für die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts im 2. Halbjahr 1990 und das Jahr 1991, die Bruttolohn- und -gehaltsumme und die Zahl der Erwerbstätigen Inländer für den Zeitraum I/1989 bis IV/1990) und der empirisch gestützten Modellrechnung des DIW.

Ostdeutschland
Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1990	1991	1990				1991			
			I	II	III	IV	I	II	III	IV
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts										
Zu Preisen vom 2. Hj. 1990										
Arbeitsvolumen	-15,8	-33,1	-3,5	-9,3	-19,1	-32,1	-38,7	-40,5	-31,1	-17,3
Beschäftigte	-11,8	-20,3	-4,0	-9,3	-13,8	-20,3	-23,0	-22,1	-19,5	-15,9
Produktivität	-2,1	-2,1	0,8	5,3	-13,2	-0,4	-7,7	-8,4	11,6	-2,9
Bruttoinlandsprodukt	-17,3	-34,8	-2,7	-4,5	-29,7	-32,4	-43,4	-45,4	-23,0	-19,7
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts										
Zu jeweiligen Preisen										
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	4,2	12,6	6,0	14,8	-2,3	-1,9	-22,4	3,3	33,0	45,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	4,9	11,1	6,0	14,9	-0,6	-0,8	-22,5	2,2	29,2	43,1
Nettolohn- u. -gehaltsumme	4,6	4,4	5,6	14,8	0,0	-1,9	-24,0	-2,5	17,9	32,7
Bruttoeink. aus Unternehmertät. u. Verm.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Indirekte Steuern abz. Subventionen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Abschreibungen	-4,1	6,0	0,6	-5,5	-8,1	-3,4	-3,6	4,9	11,9	11,6
Bruttosozialprodukt	-16,7	-16,3	-2,5	-7,1	-30,7	-26,3	-35,7	-32,5	1,4	13,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts										
Zu jeweiligen Preisen										
Privater Verbrauch	5,2	19,9	5,2	-1,6	12,2	4,9	14,8	26,5	9,6	28,6
Staatsverbrauch	8,4	26,2	3,5	1,5	3,8	23,8	21,2	24,2	33,2	25,8
Anlageinvestitionen	7,4	26,6	-8,6	6,4	4,9	26,1	28,8	16,8	29,1	31,6
Bauten	-0,6	-3,2	-9,6	4,8	-4,1	6,5	-10,3	-18,8	3,1	14,2
Ausrüstungen	26,9	84,2	-6,1	10,5	29,1	63,9	126,6	109,5	81,2	53,4
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	12,3	-2,0	-0,6	9,3	13,4	25,6	3,3	-11,6	6,9	-5,2
Einfuhr	88,3	95,0	3,6	34,4	122,7	170,9	254,3	168,0	73,4	32,0
Bruttosozialprodukt	-16,7	-16,3	-2,5	-7,1	-30,7	-26,3	-35,7	-32,5	1,4	13,0
Zu Preisen vom 2. Hj. 1990										
Privater Verbrauch	6,0	4,9	4,9	1,9	13,6	3,8	7,1	10,5	-3,2	6,2
Staatsverbrauch	2,8	10,4	1,7	-0,6	-1,6	11,4	10,4	12,3	14,8	4,9
Anlageinvestitionen	7,6	18,1	-8,5	7,2	5,5	25,3	25,1	11,0	17,0	20,8
Bauten	-3,9	-14,0	-9,8	2,3	-8,3	0,1	-17,5	-25,6	-10,5	-0,7
Ausrüstungen	41,6	83,1	-4,4	23,4	50,9	82,8	153,4	112,7	72,0	47,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	11,1	-5,3	-0,5	9,3	12,0	22,3	1,1	-14,6	2,8	-9,0
Einfuhr	87,2	86,8	1,9	35,7	121,9	168,9	248,6	154,1	65,1	24,8
Bruttosozialprodukt	-16,7	-30,6	-2,6	-4,2	-29,2	-31,0	-41,6	-42,3	-17,3	-12,3
Preisentwicklung (2. Hj. 1990 = 100)										
Privater Verbrauch	-0,8	14,2	0,3	-3,4	-1,2	1,1	7,2	14,4	13,2	21,0
Staatsverbrauch	5,4	14,3	1,9	2,1	5,5	11,1	9,8	10,6	16,0	20,0
Bauten	3,4	12,6	0,2	2,4	4,6	6,4	8,8	9,2	15,2	15,0
Ausrüstungen	-10,4	0,6	-1,8	-10,5	-14,5	-10,3	-10,6	-1,5	5,4	4,0
Ausfuhr	1,1	3,6	-0,1	0,0	1,3	2,7	2,2	3,6	4,0	4,2
Einfuhr	0,6	4,4	1,7	-1,0	0,4	0,8	1,6	5,5	5,1	5,7
Nachr.: Terms of Trade	0,5	-0,8	-1,7	1,0	0,9	1,9	0,6	-1,8	-1,0	-1,5
Bruttosozialprodukt	0,1	20,6	0,0	-3,1	-2,2	6,9	10,1	17,2	22,7	28,8
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	27,8	70,3	0,0	-3,1	-2,2	6,9	10,1	17,2	22,7	28,8

¹⁾ Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 2. Halbjahr 1990 = 100.

Quellen: Vorläufige Schätzungen und Berechnungen des DIW unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes (für die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts im 2. Halbjahr 1990 und das Jahr 1991, die Bruttolohn- und -gehaltsumme und die Zahl der Erwerbstätigen Inländer für den Zeitraum I/1989 bis IV/1990) und der empirisch gestützten Modellrechnung des DIW.

Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland

Im Jahr 1991 betrug das reale Bruttoinlandsprodukt¹ in der Bundesrepublik Deutschland nach Schätzungen des DIW 2678 Mrd. DM; davon wurden in Ostdeutschland 154 Mrd. DM erwirtschaftet. Das entspricht einem Anteil von knapp 6 vH. Der Unterschied in der Wirtschaftskraft zwischen West- und Ostdeutschland wird vor allem bei der Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes je Erwerbstätigen deutlich. Während in Westdeutschland im Jahr 1991 das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen etwa 85 000 DM betrug, waren es in Ostdeutschland nur 21 000 DM. Die Verringerung dieses extrem starken Gefälles ist in kurzer Zeit nicht zu erwarten.

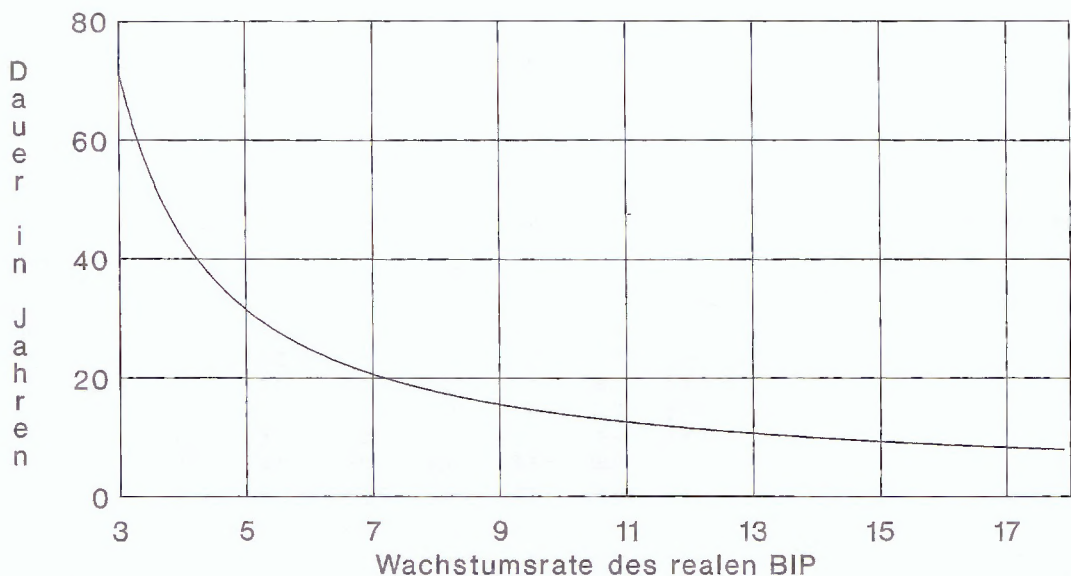
Mit welchen Raten das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt wachsen muß, um nach einer Reihe von Jahren das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau anzugleichen, zeigt das Schaubild „Modellrechnung...“. Dabei handelt es sich nicht um eine Langfristprognose, sondern um eine reine Modellrechnung bei verschiedenen Wachstumsraten

in Ostdeutschland. Bei dieser Rechnung ist unterstellt, daß das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt im langfristigen Trend mit einer moderaten Rate von 2 vH jährlich zunimmt. Gleichzeitig wurde angenommen, daß die Zahl der Erwerbstätigen mit einer jährlichen Zuwachsrates von 0,5 vH wächst. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Westdeutschland nimmt damit in dieser Modellrechnung jährlich mit einer Rate von 1,5 vH zu.

Nach der sehr starken Verringerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 17,3 vH bzw. 34,8 vH in den Jahren 1990 und 1991 wird die Wirtschaft in Ostdeutschland in diesem Jahr nach der jüngsten Prognose des DIW um real 10 vH zunehmen. Setzte sich dieser Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes in der Zukunft fort, so ergäbe sich unter den oben genannten Annahmen eine Dauer der Anpassung in der Wirtschaftskraft je Erwerbstätigen von knapp

¹ Zu Preisen vom 2. Halbjahr 1990.

Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland



Ziel: Angleichung des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) je Erwerbstätigen in Ostdeutschland in vH
 Unterstellte Wachstumsrate für Westdeutschland: 2 vH.

14 Jahren. Gelingen es allerdings, das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland durch eine massive Investitionstätigkeit zu erhöhen, so verkürzte sich entsprechend die Dauer der Anpassung². Unterstellt man dagegen in Ostdeutschland ein Wachstum von lediglich 7 vH, einer Rate also, der vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung in der Bundesrepublik durchaus eine gewisse Plausibilität zukommt, ergäbe sich eine Anpassungsdauer von 20 Jahren.

Bei derartigen Modellrechnungen muß allerdings berücksichtigt werden, daß für die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland nicht alleine die Annäherung der eigenen Wirtschaftskraft der Regionen maßgeblich ist, sondern über Transfers von der reicheren in die ärmere Region das Einkommensgefälle wesentlich rascher angeglichen werden kann. In der Tat sind in Ostdeutschland nach Einführung der Währungsunion trotz des massiven Produktionseinbruchs die Real-einkommen im Durchschnitt der Bevölkerung gestiegen³.

Hinzu kommt, daß es auch in Westdeutschland erhebliche Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen industrialisierten und daher wirtschaftlich stärkeren Regionen

sowie eher landwirtschaftlich strukturierten und daher schwächeren Regionen gibt. Diese natürlichen Unterschiede in der Wirtschaftskraft eines größeren Wirtschaftsraumes wird es auf Dauer zwischen Regionen in Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Regionen innerhalb der neuen Bundesländer geben.

Immerhin zeigt aber eine Modellrechnung, wie sie im Schaubild in groben Zügen vorgeführt wird, welcher Zeitbedarf für Transferleistungen aus Westdeutschland nach Ostdeutschland zu veranschlagen ist. Die Lücke, die bei rascher Angleichung der Einkommen und gleichzeitigem Zurückbleiben der Produktion in Ostdeutschland entsteht, kann nur mit Hilfe öffentlicher Transfers geschlossen werden.

² Ähnliche Ergebnisse finden sich bei: Buche, Rüdiger u. a. (Hrsg.): Übertragung regionalpolitischer Konzepte auf Ostdeutschland. In: Untersuchungen des RWI für Wirtschaftsforschung, Heft 2, Essen 1991.

³ Nach den jüngsten Berechnungen des DIW sind die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland 1990 um 1 vH und 1991 bereits um 7,5 vH gestiegen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarkmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Politik der Treuhandanstalt — Eine Zwischenbilanz. Bearbeitet von Frank Stille. —

Geldpolitik: Sind die Weichen für einen verschärften Restriktionskurs gestellt? Bearbeitet von Reinhard Pohl. —

Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz. —

Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. Bearbeitet von Wolfgang Scheremet.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

WESTDEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

				Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾													
				Arbeitslose		Offene Stellen		Insgesamt		dav.: Hauptgruppen			Inland		Ausland		
										Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe	Investitions- gütergewerbe	Verbrauchs- gütergewerbe					
in 1000				1985 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	1981		307		117,2		111,2		120,5		117,1		117,3		117,2	
	F	1956	1959	311	310	118,6	118,2	111,3	111,9	122,2	121,6	119,1	118,2	117,3	119,1	119,7	
	M	1941		313		118,8		113,2		122,0		118,3		116,5		122,8	
	A	1944		317		117,7		112,4		121,4		115,3		118,1		117,2	
	M	1941	1940	324	322	121,0	119,6	111,0	111,6	126,5	124,1	120,4	118,9	123,7	121,4	116,7	116,8
	J	1935		324		120,1		111,4		124,4		121,0		122,3		116,4	
	J	1907		325		122,6		113,4		126,8		124,6		125,8		117,4	
	A	1869	1867	319	318	125,2	125,0	114,4	115,5	130,5	129,4	126,2	126,5	131,8	129,6	114,2	117,2
	S	1826		309		127,1		118,6		131,0		128,7		131,3		120,1	
	O	1786		306		129,3		118,7		134,4		130,8		135,6		119,0	
	N	1732	1743	307	308	125,4	125,7	116,1	116,9	129,0	128,8	129,6	131,0	135,2	134,1	109,3	112,1
	D	1712		311		122,5		115,8		122,9		132,6		131,4		107,9	
1991	J	1662		321		128,3		118,4		133,1		129,5		136,4		115,0	
	F	1670	1664	323	327	124,0	125,2	115,2	115,4	126,9	129,0	129,4	129,2	132,9	134,2	109,4	110,4
	M	1658		336		123,2		112,7		127,0		128,6		133,2		106,7	
	A	1681		342		120,9		113,7		123,3		125,4		130,1		105,8	
	M	1702	1694	344	345	123,5	122,5	115,0	113,8	127,2	125,8	125,9	126,5	131,4	130,8	110,6	108,8
	J	1698		347		123,1		112,6		127,0		128,2		131,0		110,1	
	J	1732		346		122,6		116,0		124,0		129,3		127,9		113,9	
	A	1731	1727	346	342	122,4	122,3	114,4	114,3	125,6	125,2	126,5	126,9	128,6	128,5	112,6	112,2
	S	1718		334		121,8		112,4		125,9		124,8		129,0		110,1	
	O	1710		321		122,8		115,9		125,9		124,7		129,9		111,3	
	N	1676	1683	314	317	123,2	121,4	116,5	115,4	126,0	123,6	125,8	125,2	132,8	129,6	107,6	108,2
	D	1663		316		118,3		113,9		118,8		125,0		126,2		105,6	
1992	J	1660		330													
	F																
	M																
	A																
	M																
	J																
	J																
	A																
	S																
	O																
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

WESTDEUTSCHLAND

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr								
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe												
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	7327		115,7		109,8		121,0		119,4		113,0		46,5		41,5		
	F	7359	7350	116,6	116,6	111,4	110,4	121,5	121,7	131,5	125,2	114,7	114,1	45,7	46,4	41,8		
	M	7364		117,4		110,1		122,5		124,8		115,4		46,9		41,8		
	A	7371		115,3		110,6		119,2		122,5		115,7		45,6		44,1		
	M	7384	7383	119,1	117,5	109,4	110,4	124,8	122,1	124,3	121,2	118,7	116,4	45,1	44,1	41,9		
	J	7393		118,1		111,3		122,2		116,9		114,9		41,6		43,1		
	J	7419		119,8		110,1		124,9		125,2		122,7		45,2		44,5		
	A	7434	7428	119,0	120,1	110,6	111,4	122,3	124,0	120,3	122,9	122,7	121,4	45,6	45,2	45,7		
	S	7432		121,4		113,6		124,9		123,2		118,8		44,8		45,6		
	O	7470		122,3		111,9		125,9		127,6		124,3		46,6		45,9		
1991	N	7483	7483	122,4	122,7	113,1	112,7	125,6	126,5	126,3	125,5	123,6	122,7	46,3	45,8	50,9		
	D	7495		123,4		113,1		128,1		122,7		120,3		44,3		48,9		
	J	7524		123,2		113,6		126,9		123,9		127,4		46,0		51,9		
	F	7532	7529	123,1	123,1	111,4	112,9	127,2	126,8	103,1	118,5	124,7	126,1	45,4	45,6	49,9		
	M	7530		122,9		113,7		126,2		128,6		126,3		45,5		50,7		
	A	7544		123,2		112,4		126,9		132,6		128,3		43,7		49,5		
	M	7534	7532	123,7	124,4	113,9	113,8	127,2	128,4	126,9	128,1	126,1	127,0	46,3	44,3	53,3		
	J	7520		126,2		115,2		131,0		124,8		126,6		43,0		49,7		
	J	7525		124,0		111,8		128,1		129,9		130,0		46,9		50,7		
	A	7500	7508	120,7	122,4	110,4	111,7	124,7	126,4	121,7	127,3	121,1	123,3	46,8	46,6	49,1		
1992	S	7500		122,5		112,8		126,3		130,2		118,9		46,2		50,5		
	O	7490		122,5		113,4		126,4		130,6		126,8		46,2		50,4		
	N	7486		123,4	122,1	114,7	112,3	127,6	125,7	130,8	129,1	123,1	123,5	48,6		51,8		
	D			120,5		108,8		123,0		125,8		120,2						
	J																	
	F																	
	M																	
	A																	
	M																	
	J																	
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.